

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)

vom 11. Juli 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Juli 2023)

zum Thema:

29-Euro-Ticket (II)

und **Antwort** vom 19. Juli 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Juli 2023)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (Die Linke)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16106
vom 11. Juli 2023
über 29-Euro-Ticket (II)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

In seiner Antwort auf Drs. 19/15608 antwortete der Senat, dass er sich in intensiven Abstimmungen zum VBB-Tarifsystem befinde. Welche „intensiven Abstimmungen“ sind konkret gemeint?

Antwort zu 1:

Es gibt auf Fach- als auch Leitungsebene seit Monaten zwischen den Ländern, kommunalen Aufgabenträgern, Verkehrsunternehmen und dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) gemeinsame Überlegungen und Gespräche zu Möglichkeiten, den VBB-Tarif im Kontext der Einführung des Deutschlandtickets umzugestalten und zu vereinfachen. Diese fanden und finden sowohl informell am Rande von Terminen, in Einzelgesprächen und insbesondere im Rahmen von fachlichen Abstimmungsrunden als auch Entscheidungsgremien statt.

Frage 2:

Welche Gespräche zur Wiedereinführung des 29-Euro-Tickets haben seit Regierungsbildung mit wem konkret stattgefunden?

Antwort zu 2:

Neben Abstimmungen innerhalb des Senats zu Ausgestaltungsoptionen und Finanzierungsmöglichkeiten eines neuen 29-Euro-Tickets in Berlin gab und gibt es insbesondere mit Blick auf Bedenken des Landes Brandenburg und brandenburgischer kommunaler Aufgabenträgervertretende, die in eine Entscheidungsfindung im VBB eingebunden sind, zahlreiche Gespräche. Ferner gibt es einen Austausch mit den betroffenen Verkehrsunternehmen, insbesondere den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), zur Klärung der vertriebstechnischen Rahmenbedingungen und zeitlichen Vorläufe für eine Umsetzung. Diese haben teilweise am Rande anderer Termine stattgefunden, als dezidiertes Austausch zum Thema, bilateral oder auch in größerer Runde. Eine statistische Erfassung der Gespräche hat nicht stattgefunden.

Frage 3:

Trifft es zu, dass bisher (11.07.2023) kein Auftrag an den VBB erteilt wurde die unterschiedlichen Modelle für ein 29-Euro-Ticket zu berechnen? (Siehe Tagesspiegel: „29-Euro-Ticket: VBB sieht „keine Notwendigkeit“, 11.7.23)

Antwort zu 3:

Ja.

Frage 4:

Falls zutreffend, wie will der Senat gewährleisten, dass spätestens ab dem 1.1.2024 das 29-Euro-Ticket wieder eingeführt werden kann?

Antwort 4:

Eine erfolgreiche Einführung eines 29-Euro-Tickets in Berlin in 2024 hängt von der Klärung einer Reihe von Sach- und Rechtsfragen und einer darauf basierenden Verständigung der Entscheidungsträger ab, nicht aber von der Beauftragung des VBB zur Berechnung von Umsetzungsmodellen.

Da es sich um einen Tarifvorschlag des Landes Berlin handelt, hat der Senat – wie schon bei der 29-Euro-Abo-Aktion – die erforderlichen Überlegungen und Berechnungen für mögliche Modelle der Umsetzung eines 29-Euro-Tickets in Berlin in seiner Zuständigkeit als ÖPNV-Aufgabenträger verwaltungsintern vorgenommen. Denn vor einer engeren Einbindung des VBB und der Brandenburger Mitglieder des VBB-Aufsichtsrates in die Ausgestaltung und Entscheidung über die Umsetzung eines 29-Euro-Tickets in Berlin ist erst innerhalb des Landes Berlin zu prüfen, welche Möglichkeiten eines 29-Euro-Tickets ab wann umsetzbar und finanzierbar sind.

Frage 5:

Bis wann gibt sich der Senat noch Zeit ein Modell für das 29-Euro-Ticket zu entwickeln?

Antwort zu 5:

Verschiedene Modelle zur Ausgestaltung eines 29-Euro-Tickets in Berlin liegen bereits vor.

Frage 6:

Welche Summe hat der Senat im Entwurf für den Doppelhaushalt 24/25 für ein 29-Euro-Ticket eingeplant?

Antwort zu 6:

Im vom Senat am 11. Juli 2023 beschlossenen Entwurf für den Doppelhaushalt 2024/2025 sind in Kapitel 0730, Titel 68213 „Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten“ in den Jahren 2024 und 2025 je 300 Mio. Euro vorgesehen. Dies umfasst auch die Anteile, die als Mindereinnahmenausgleich von der BVG an andere Unternehmen auszukehren wären, die ebenfalls im Land Berlin Nahverkehrsleistungen erbringen.

Frage 7:

Auf welchem Modell für ein 29-Euro-Ticket beruht die etatisierte Summe?

Antwort zu 7:

Die im Doppelhaushalt 2024/2025 eingeplante Summe ermöglicht die Realisierung verschiedener Ausgestaltungsvarianten eines 29-Euro-Tickets.

Frage 8:

In Ihrer Antwort auf eine mündliche Anfrage im Plenum vom 29.6.23 antwortete Senatorin Schreiner, dass es das Ziel der Koalition sei, ein 29-Euro-Ticket innerhalb des VBB zu erreichen. Was ist damit genau gemeint?

- a) Ist damit gemeint, dass es ein für den gesamten VBB gültiges 29-Euro-Ticket geben soll oder zumindest für den Bereich ABC?
- b) Ist damit gemeint, dass es ein für Berlin geltendes 29-Euro-Ticket geben soll, das von Brandenburger Seite im Rahmen des VBB akzeptiert wird?

Antwort zu 8:

Es ist Ziel des Senats, ein 29-Euro-Ticket für Berlin mit Billigung der beteiligten Brandenburger Akteure als VBB-Tarifprodukt im Rahmen der Zuständigkeiten des VBB, beschlossen durch den Aufsichtsrat des VBB, umzusetzen.

Ein Tarifprodukt für 29 Euro mit einer Gültigkeit außerhalb von Berlin in Berlin ABC oder dem gesamten Gebiet des VBB würde neben einer Zustimmung auch eine Bezuschussung durch das Land Brandenburg und ggf. durch die betroffenen kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger in Brandenburg beinhalten. Dies wurde bislang kategorisch ausgeschlossen.

Frage 9:

Trifft der in Frage 3) zitierte Tagesspiegel-Artikel zu, wonach die Brandenburger Seite im VBB keine Notwendigkeit für die Wiedereinführung des 29-Euro-Ticket sehe? Wenn ja, wie will der Senat die Brandenburger Seite überzeugen die Wiedereinführung des 29-Euro-Ticket zu ermöglichen?

Antwort zu 9:

Christian Latz schreibt im Tagesspiegel am 11. Juli 2023 „Mit der Einführung des Deutschland-tickets und des darauf aufbauenden Jobtickets sehe man beim VBB ‚nicht mehr die Notwendigkeit, das 29-Euro-Ticket für alle einzuführen‘.“ Die Aussage wird im Artikel einem Vertreter des VBB, nicht einem Brandenburger Vertreter innerhalb der VBB-Gremien zugeschrieben. Insofern trifft die Interpretation des Fragestellers nicht zu.

Der Senat bewertet die zitierte Aussage aus dem VBB nicht.

Berlin, den 19.07.2023

In Vertretung
Britta Behrendt
Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt